



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Massow, Wilhelm von: Der Präsident der französischen Republik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Präsident der französischen Republik

Von Wilhelm von Massow



ur eine kurze Zeit trennt uns noch von dem Tage, an dem das neugewählte Oberhaupt der französischen Republik, Herr Raymond Poincaré, seinen Sitz im Elysée-Palast einnehmen und sein hohes Amt antreten wird. Es gehört keine besondere Beobachtungsgabe dazu, um zu erkennen, daß sich der Wahl des Herrn Poincaré ein viel größeres Interesse zugewendet hat, als wir seit langer Zeit dem Präsidentenwechsel in Frankreich zu widmen gewohnt waren. Dieses besondere Interesse ist nicht etwa nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern zu beobachten. Da drängt sich natürlich die Frage auf: Gilt diese Aufmerksamkeit der Person des neuen Staatsoberhauptes, oder gilt sie den Umständen, unter denen sich die Wahl vollzogen hat, oder gilt sie der Person und den Umständen? Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die letzte dieser drei Möglichkeiten hier vorliegt.

Was die Persönlichkeit des Herrn Poincaré betrifft, so ist in der letzten Zeit viel von ihm behauptet worden, und noch mehr wird von ihm erwartet. Wird er diesen Erwartungen gerecht werden? Es wäre vermessen, darauf mit Ja oder Nein zu antworten. Wir wissen von ihm nur, daß er ein Mann von mehr als gewöhnlicher Klugheit und reicher Erfahrung ist, der in allen Lebensstellungen, in denen er sich bisher bewegt hat, Leistungen über den Durchschnitt hinaus aufzuweisen hat. In Frankreich geht der Weg zu politischen Ehren in der Regel durch den Journalismus oder die Advokatur. Poincaré hat beides durchgemacht. Er ist ein gewandter Journalist und ein gesuchter Advokat gewesen. Dann hat er verschiedene Ministerportefeuilles innegehabt. Daß er bis zu seiner Wahl zum Präsidenten der Republik als Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen an einer besonders weit sichtbaren, bedeutungsvollen und verantwortungsvollen Stelle gestanden hat, ist ja so bekannt, daß

es kaum erwähnt zu werden braucht. Wer die Dinge nach unseren deutschen Begriffen beurteilen wollte, würde es wahrscheinlich sehr natürlich finden, daß eine Persönlichkeit, die sich in den vorbereitenden Berufen für eine öffentliche Wirksamkeit im großen besonders bewährt hat und dann Deputierter, Minister und Ministerpräsident gewesen ist, nun auch als der Nächstberufene angesehen wird, um den Sprung zum Staatsoberhaupt zu machen. Indessen zeigt eine nähere Betrachtung der französischen Verhältnisse, daß eine solche Schlußfolgerung nicht ohne weiteres zutreffen würde. Es zeigt sich bei den Präsidentenwahlen im Gegenteil eine gewisse Neigung, gerade die Politiker, die am meisten und unmittelbarsten im Vordergrund stehen und die bereits als Führer der aktiven Staatspolitik bekannt geworden sind, zunächst einmal nicht auf den höchsten Posten der Republik zu stellen. Auch Loubet und Fallières waren natürlich Minister gewesen, aber zwischen dieser Zeit und ihrer Wahl zum Präsidenten lagen stillere Jahre; erst von dem politisch neutralen Amt des Senatspräsidenten holte man sie zur höchsten Würde der Republik. Bei Casimir-Perier lagen die Verhältnisse etwas anders; er war soeben erst vom Ministerpräsidium zurückgetreten und hätte wohl noch längere Zeit im Hintergrunde verharren müssen, wenn nicht die Ermordung Carnots unerwartet eine außergewöhnliche Lage geschaffen hätte. Wenn jetzt der aktive Ministerpräsident zum Präsidenten der Republik berufen worden ist, so ist das also eher eine Ausnahme von der Regel als das Gegenteil, und man ist wohl berechtigt, nach den besonderen Gründen zu fragen. Diese werden allerdings hauptsächlich in der besonderen Lage der Republik zu suchen sein, aber mit demselben Recht darf man die Tatsache dieser Präsidentenwahl wohl auch als einen Beweis ansehen, daß Herr Poincaré in einer ungemein verwickelten und an Hindernissen reichen Lage sehr klug und geschickt operiert haben muß, und das darf man ihm, abgesehen von allen Glücksumständen und Zufällen, auf der Kreditseite seines persönlichen politischen Kontos buchen.

Eine unbefangene Beurteilung wird also viel zugunsten des neuen Präsidenten anführen können, soweit seine Persönlichkeit, das rein Menschliche in Frage kommt, und die internationale Höflichkeit legt uns keinen Zwang auf, wenn wir das ruhig feststellen und anerkennen. Wie sich aber die Persönlichkeit des neuen Staatsoberhauptes von Frankreich politisch betätigen wird, das ist eine offene Frage und muß besonders für uns Deutsche eine solche bleiben. Denn hier spielt unser vaterländisches Interesse mit, und wir können diese Frage nicht von einem allgemeinen Standpunkt, sondern nur vom deutschen Standpunkte aus beantworten. Und da ist es besser, wenn wir kühl abwarten, wie sich Herr Poincaré zu den Aufgaben seines neuen Amtes stellen wird, als wenn wir uns vorschnell gewisse Vorstellungen einprägen, die sich nachher als unzutreffend erweisen. Wie es auch kommen mag, für uns wird es in jedem Falle nützlicher sein, uns nach keiner Richtung enttäuschen und überraschen zu lassen. Wenn im Auslande neue Männer ans Ruder kommen, sei es als

Herrscher oder als leitende Staatsmänner, so pflegen wir gern mit der Frage bei der Hand zu sein, ob sie als deutschfreundlich oder deutschfeindlich anzusehen sind. Ich glaube, es könnte nichts schaden, wenn diese Frage bei uns ebenso selten gestellt würde, wie die entsprechende Frage im Auslande in bezug auf deutsche Staatsmänner aufgeworfen wird. Man erspart sich manchen Fehlschluß und manches schiefe Urtheil, wenn man im allgemeinen lieber annimmt, daß das Verhältnis eines ausländischen verantwortlichen Staatsmannes zu unserer Vaterlande weniger von seiner persönlichen Abneigung oder Zuneigung bestimmt wird, als von den Rücksichten und Bedingungen, die ihm die politische Lage auferlegt. Bei französischen Staatsmännern haben wir uns schon daran gewöhnt, sehr wenig danach zu fragen, wie sie gegen uns gesinnt sind. Wir wissen, daß wir von allen nicht viel zu erwarten haben. Mögen sie zu uns Deutschen stehen, wie sie wollen, — mögen sie vielleicht im Grunde ihres Herzens uns gerecht werden und im geheimen bedauern, daß Deutsche und Franzosen nicht Hand in Hand gehen können, oder mögen sie ganz von dem flammenden Haß der schlimmsten Revanchards erfüllt sein, — in ihrem Handeln werden sie sich nicht wesentlich unterscheiden. Denn die Friedfertigen müssen ihre vernünftige Beurteilung Deutschlands ebenso vorsichtig im Busen verschließen, wie die Heißsporne ihrem auf Revanche gerichteten Ehrgeiz Zügel anlegen müssen. Es hat sich in der Frage der deutsch-französischen Beziehungen für das Verhalten der verantwortlichen Machthaber in Frankreich eine gewisse Tradition — fast möchte man sagen: ein gewisser Stil — herausgebildet, eine Form, der sich der einzelne unwillkürlich unterwirft. Dabei wird es im einzelnen natürlich kleine Unterschiede und verschiedene Schattierungen geben. Herrn Poincaré werden wir vielleicht nicht unter die in diesem Sinne relativ deutschfreundlichen Präsidenten stellen dürfen. Wir können das daraus schließen, daß er als Minister des Auswärtigen selbst da, wo es durch die Lage gar nicht erfordert wurde, schärfer als irgendeiner seiner Vorgänger die Tripleentente und einen gewissen Gegensatz zum Dreibund betont hat. Aber ob und wie dies und ähnliches während der künftigen Präsidentschaft des Herrn Poincaré zum Ausdruck kommen wird, darüber läßt sich noch nichts aussagen.

Nun wurde schon angedeutet, daß diesmal der Präsidentenwahl in Frankreich auch aus anderen Gründen eine besondere Bedeutung beigelegt wurde. Man erinnere sich der kleinen Episode, die sich kurz vor der Wahl abspielte und die um ein Haar Herrn Poincaré genötigt hätte, die neue politische Lage mit einem Duell zu eröffnen. Hinter diesem uns etwas kurios anmutenden Ehrenhandel verbarg sich die sehr ernsthafte Tatsache, daß die Radikalen und Sozialisten trotz der sicheren Voraussicht ihrer Niederlage mit mehr als gewöhnlicher Leidenschaft ihren Willen durchzusetzen suchten. Solche Aufregungen hat es bei den früheren Präsidentenwahlen nicht gegeben. Die Parteien suchten wohl mit einem gewissen Eifer das Ansehen ihres Kandidaten zu erhöhen und seine Aussichten zu verbessern, aber es war keine große Erbitterung dabei. So

ehrenvoll es für eine Partei war, daß das Oberhaupt des Staates aus ihren Reihen hervorging, so wenig stand damit die wirkliche politische Bedeutung des Vorgangs im Einklang. Denn den wirklichen Politikern und ihren Drahtziehern war es doch am letzten Ende recht gleichgültig, wer im Elysée repräsentierte und alle die formellen Pflichten und großen und kleinen Lasten auf sich nahm, die zur Würde und Ordnung eines großen Staatswesens gehören, aber mit dem Besitz der wahren Macht und der entscheidenden Einflüsse in der Republik wenig zu tun haben. Nun erleben wir jetzt, abweichend von allem sonst Gewohnten, folgendes Schauspiel: Nach vielem Hin und Her wird der Ministerpräsident Poincaré als Kandidat für die Präsidentschaft aufgestellt, während von den anderen, ursprünglich genannten Bewerbern einer nach dem andern von der Bildfläche verschwindet. Jetzt tritt als einziger Gegner Poincarés Herr Rams, der bisherige Ackerbauminister, auf, ein Mann, an dessen Würdigkeit man nicht zu zweifeln braucht, der aber zweifellos an dem politischen Himmel Frankreichs bisher niemals zu den Sternen erster Größe gehört hatte. Dieser Gegenkandidat wird nun von den alten radikalen Führern, Combes und Clemenceau, unterstützt, während Poincaré mit einer Heftigkeit bekämpft wird, die in den Parteianschauungen keine genügende Erklärung findet. Aber der Mehrheit der Nationalversammlung erscheint der Ausgang der Sache so selbstverständlich, daß sie sich an den üblichen Probeabstimmungen vor der entscheidenden Wahl nur lässig beteiligt. Diesen Umstand benützt Clemenceau, um noch in erster Stunde bei Poincaré feierlich, von seinen einflussreichsten Parteifreunden begleitet, zu erscheinen und ihn mit dem Hinweis einzuschüchtern, daß seine Wahl ja doch aussichtslos sei! Und als Poincaré selbstverständlich diesen plumphen Versuch zurückweist, tritt Clemenceau derart gegen ihn auf, daß es zu einer Herausforderung zum Zweikampf kommt und der Streit nur mit knapper Not beigelegt wird. Man sieht also, daß diese Wahl unter ungewöhnlichen Umständen vor sich ging. Ungewöhnlich war es, daß ein ehrgeiziger und tatkräftiger Mann von dem bedeutungsvollen Posten des Ministerpräsidenten, des eigentlichen Staatsleiters, aus die zwar ehrenvolle, aber weniger bedeutende Stellung des Präsidenten der Republik erstrebte; ungewöhnlich war es, daß er sogleich eine Mehrheit fand, die zum Teil durch kein näheres politisches Parteiinteresse mit ihm verbunden war; ungewöhnlich war es, daß sein unbedeutender Gegenkandidat von den angesehensten und erfahrensten Führern der Opposition mit einem Fanatismus unterstützt wurde, als ob es sich um Sein oder Nichtsein ihrer Partei und nicht um das gerade parteipolitisch bedeutungsloseste Amt der Republik gehandelt hätte.

Die Erklärung ist von der französischen Presse schon vorher deutlich genug gegeben worden. Sie hat keinen Hehl daraus gemacht, daß eine starke Stimmung dahin geht, der Stellung des Präsidenten der Republik einen größeren Einfluß einzuräumen als bisher, und dazu erschien allen Parteien die Persönlichkeit Poincarés mehr als jede andere geeignet. Sie erschien es auch der Opposition,

und eben darum wurde Poincaré wütender bekämpft als je einer seiner Vorgänger. Es entsteht nun die Frage: Was soll und kann eigentlich mit der Präsidentschaft Poincarés anders werden als früher?

Es ist die eigentümlich verworrene Lage der Parteien, die die Besonderheit der gegenwärtigen politischen Verhältnisse Frankreichs ausmacht. Um das zu erläutern, wird ein kurzer Rückblick notwendig sein. Stellung und Rechte des Präsidenten der Republik beruhen zurzeit auf der Verfassung von 1875. Sie stammen also aus jener merkwürdigen Übergangszeit, als die Kammer eine monarchische Mehrheit hatte und es nur durch die Uneinigkeit der Monarchisten und die persönlichen Verhältnisse der verschiedenen Prätendenten verhindert wurde, daß Frankreich zur Monarchie zurückkehrte. Die Republik, für die man sich vorläufig entschieden hatte, sollte nur die neutrale Form sein, die den Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten Zeit und Ruhe gewähren sollte, um sich zu einigen und zu organisieren. In Wahrheit war sie wohl mehr der Schleier, der die Unfähigkeit und den Mangel an Initiative bei diesen Monarchisten zudecken sollte, bis vielleicht bessere Zeiten kamen. Das war die Zeit der Präsidentschaft Mac Mahons, der aus seinem Bekenntnis zu einer konstitutionellen Monarchie im Sinne der Orleans nie ein Hehl gemacht hatte, der aber zum Unglück für die französischen Monarchisten persönlich zu wenig ehrgeizig, zu geradsinnig und zu wenig politisch veranlagt war, um die ihm zuge dachte Rolle mit Glück spielen zu können oder gar die Initiative zu einem Staatsstreich zu finden. Die Sache kam also anders: der alte Marschall fühlte die Unhaltbarkeit seiner Stellung und trat zurück, ohne den Ablauf seiner Amtszeit abzuwarten; das französische Volk aber hatte inzwischen die Erfahrung gemacht, daß die nun einmal zu Recht bestehende Form der Republik zurzeit den einzigen und relativ besten Schutz gegen Intrigen und unerwünschte Umwälzungen bildete und daß sie wenigstens die verfassungsmäßige Ehrlichkeit für sich habe. Nun erst brachten die Wahlen eine republikanische Mehrheit, die den Monarchisten jede Hoffnung raubte. Erst seit der Wahl Grévy's zum Präsidenten besteht in Wahrheit die dritte Republik.

Damit rückte die Frage in den Vordergrund, welche Form diese Republik, die nun selbst aufgehört hatte, bloße Form zu sein und ein Prinzip geworden war, haben sollte. Sollte es die sogenannte konservative Republik sein, die sich von der parlamentarischen Monarchie nur dadurch unterschied, daß sie auch die höchste Gewalt im Staate ausschließlich dem Willen des souveränen Volks unterwarf? Oder sollte die neue Republik die Verwirklichung der Demokratie sein, die Ernst machte mit dem alten Schlußruf der großen Revolution: „Liberté! Egalité! Fraternité!“? Es wurde das Verhängnis der Republik, daß es zu einer ehrlichen und vollständigen Auseinandersetzung dieser beiden Prinzipien nicht kam. Die Geschichte der beständig wechselnden Ministerien zeigt zwar in dieser Zeit die zunehmende Demokratisierung des Staats. Aber bei den Wahlen für die höchste Stelle im Staate machten sich auf das stärkste

entgegengesetzte Einflüsse geltend. Denn hier traten Monarchisten und konservative Republikaner, alle die Elemente, die sonst auf die republikanische Gesetzgebung wenig Einfluß übten, weil sie unter sich selten einig waren, als geschlossene Masse neben die nichttraditionale republikanische Minderheit und bildeten dadurch eine Mehrheit in der Nationalversammlung. Diese Verhältnisse waren für die Entwicklung der Präsidentschaft nicht günstig. Sie hoben die Präsidenten nicht über die Parteien hinaus, sondern schufen nur einen ständigen Mißklang zwischen der Exekutive, d. h. dem Ministerium, und der höchsten Repräsentation des Staates. In diesem Widerstreit aber mußten sich die durch die Kammermehrheit gestützten, radikalen Ministerpräsidenten in der Regel als die Stärkeren erweisen. Am schärfsten trat dies hervor in der Krisis, die Casimir-Perier zum Rücktritt von der Präsidentschaft, die er nur sieben Monate geführt hatte, veranlaßte. Er und sein Vorgänger Carnot waren den Radikalen schon deshalb unangenehm, weil sie ihre hervorragende Stellung vor allem dem Umstand verdankten, daß sie Träger eines großen Namens waren, der den republikanischen Massen Respekt einflößte, ohne daß ihre wirkliche politische Gesinnung einer Feuerprobe unterworfen wurde. Die Auswahl dieser Männer erschien den Radikalen als ein Trick der „Reaktionäre“, wodurch sie sich die Majorisierung der Radikalen bei der Präsidentschaftswahl erleichterten. Die demokratischen Republikaner hatten dann wenigstens die Genugtuung, daß der Rücktritt von Casimir-Perier in seinen Nachwirkungen einen neuen Herrn von ganz anderer Art in das Elysée brachte, nämlich in Félix Faure zum erstenmal einen Vertreter des erwerbstätigen Bürgertums. Nur schade, daß die feierliche Haltung und die fürstlichen Allüren, die der sonst harmlose Mann angenommen hatte, seit er sich mit dem Selbstherrscher aller Neuzen verbrüdernd durfte, die gallische Spottlust allzusehr herausforderten und ihn gleichfalls zu einem Sorgenkinde des Radikalismus machten. Auch Faure war kein Staatsleiter, der der Präsidentschaftswürde wirkliche Bedeutung geben konnte.

Schon hatte um diese Zeit der Dreijahreshandel die Gemüter in Bewegung gesetzt, und ganz neue Gesichtspunkte sängen an, das öffentliche Leben in Frankreich zu beherrschen. Die alte Prinzipienfrage, ob konservative, ob demokratische Republik, blieb plötzlich, sozusagen, am Wege liegen. Man hatte die Entdeckung gemacht, daß unter dem Deckmantel der Parteifragen die ganze Republik das Opfer rein materieller Interessen geworden sei, daß kapitalistische Gruppen mit ihren persönlichen Rücksichten und Mächenschaften den Staat regierten, daß diese aber in Wahrheit abhängig seien von internationalen Beziehungen, die die Sicherheit des Vaterlandes bedrohten und die nationale Existenz in Frage stellten. So sammelten sich gegenüber den Vertretern des herrschenden Systems die Nationalisten und alle, die sich wirtschaftlich und sozial benachteiligt glaubten, in einem besonderen Heerlager, das die streitbarsten Elemente zusammenführte: die Armee und ihre besonderen Anhänger, denen die Formen des modernen

Republikanismus Unbehagen verursachten, und die *ecclesia militans*, den streitbaren Klerikalismus, der jetzt in der Erregung des Dreyfusprozesses die Stunde gekommen glaubte, um gegen Juden und Freimaurer zu eifern. Im Zeichen dieses neuen Gegensatzes stand die Entwicklungsperiode, die mit dem Tode Faures einsetzte. Die führenden Kreise der Republik — so wie sie sich nun einmal gestaltet hatten — führten jetzt eine Art von Existenzkampf, der ihnen zwei Hauptaufgaben stellte: die Bekämpfung des Klerikalismus und die Rückgewinnung der Armee. Ersteres geschah durch die vollständige Trennung von Kirche und Staat, durch die rücksichtslose Durchführung eines von allen religiösen Ideen und Verpflichtungen völlig losgelösten Rechtes der Staatsgewalt; das andere durch die politische Überwachung der Armee und ihre möglichsste Säuberung von allen klerikalen und monarchistischen Elementen. Diese Aufgabe konnte nur durch eine Exekutive gelöst werden, die mit der Zuverlässigkeit einer radikal-demokratischen Gesinnung große Energie und starke Initiative verband, die aber auch einen entsprechenden Rückhalt am Präsidenten der Republik fand. Es war also nötig, den Präsidenten aus dem radikalen Lager zu wählen, aber den Schwerpunkt der Gewalt womöglich noch mehr nach dem Ministerpräsidenten hin zu verschieben. Es ist die Periode, die durch die Präsidentschaft von Loubet und Fallières bezeichnet ist.

Man wird unschwer erkennen, daß das im ganzen doch eine auf die Dauer nicht haltbare, einseitige Orientierung der Regierungsweise war. Sie ergab sich aus den Nachwehen der Dreyfusperiode, kann aber nicht aufrechterhalten werden, sobald neue, vielseitige Aufgaben und Bedürfnisse an den Staat herantreten und gebieterisch Beachtung heischen. Die Parteien treten wieder mit ihren vielgestaltigen Forderungen in den Vordergrund; wo ist die ordnende Hand, die dieses Durcheinander politischer, wirtschaftlicher, sozialer Aufgaben zu entwirren vermag? Die Minister in einer Republik können nur von dem Vertrauen einer Mehrheit der Volksvertretung getragen werden; sie sind also ihrem staatsrechtlichen Begriffe nach selbst Partei. Man beginnt außerdem zu fühlen, daß diese Entwicklung, die immer nur nach einer Richtung hin die Forderungen der radikalen Demokratie zu verwirklichen strebt, zuletzt mit völliger Auflösung enden muß. Das ist der Gedankengang, der zuletzt dahin ausmünden muß, daß man eine grundsätzlich stärkere Gewalt über den Parteien errichtet. Das bedeutet die Verstärkung der Machtvollkommenheit des Präsidenten der Republik. Aber noch scheut man sich, das offen zu bekennen, und will es der Fähigkeit des Mannes überlassen, den man auf diesen Posten stellt. Und weil in dem Augenblick, wo ein neuer Mann in das Elysée einziehen soll, ein Ministerpräsident von mehr als gewöhnlicher Energie und Klugheit vorhanden ist, so glaubt man, daß man am besten tut, ihn zu wählen, weil er bei dem Übergang vom Ministerpräsidenten zum Präsidenten der Republik am ersten das Interesse und die Möglichkeit hat, die notwendige Verschiebung des Schwerpunktes vom ersten Amt in das zweite vorzunehmen.

Wird das Experiment glücken? Das ist eine Frage, deren Beantwortung noch von der Zukunft verhüllt ist. Man versteht, daß sich die radikalen Führer des alten Systems mit Händen und Füßen dagegen wehren und daß sie sich anstellen, als ob die Unterstützung der Rechten, deren sich Poincaré bei seiner Wahl erfreut hat, der erste Spatenstich für das Grab der Republik ist. So schlimm wird es nun freilich nicht werden. Aber Herr Poincaré wird gegenüber dieser heftigen, durch die bisherige Entwicklung verwöhnten Gegnerschaft sehr, sehr vorsichtig sein müssen. Man hat gesagt, es sei mit der Präsidentschaft der französischen Republik ähnlich wie mit dem englischen Königtum, wo das Beispiel Eduards des Siebenten gezeigt habe, wieviel sich trotz der Beschränkungen der Verfassung daraus machen lasse, wenn der Träger der Krone der Mann dazu sei. Ganz stimmt der Vergleich nicht. Was dem König von England gestattet, sich trotz der Verfassung zur Geltung zu bringen, ist etwas ganz anderes, als dem Präsidenten der Republik zu Gebote steht. Der hat doch sehr viel gefährlichere Klippen zu umschiffen. Aber richtig ist, daß der Präsident nach dem Buchstaben der Verfassung erheblich mehr kann und darf, als in der praktischen Entwicklung dieser achtunddreißig Jahre zum Ausdruck gekommen ist. Und vielleicht ist Herr Poincaré von einem guten Genius geleitet, der ihm den Zauber des Elysée lösen hilft.



Von einer neuen und anderen Sozialpolitik

Von G. W. Schiele in Naumburg a. d. S.



ückgang der Geburten, — Menschenmangel bei wachsendem Wohlstand, — Anschwellen der großen Städte, Verödung des Landes; — Hereinbrechen ausländischer Arbeitermassen, — Vorrücken der Sprachgrenze der kulturärmeren Nachbarvölker, während das Kulturvolk zurückbleibt, wie ein See, dessen Spiegel sinkt; — Überschätzung des Wirtschaftlichen, — Mißachtung der Welt des Geistes und Gewissens; — wachsende politische Ansprüche der in den Großstädten zusammengedrängten, abhängigen Massen (das bedeutet Scheindemokratie), — Wohlfahrts- und Wohltätigkeitspolitik zugunsten dieser abhängigen Massen auf Kosten anderer Volksklassen und aus politischen Gründen (was man mit dem Namen Sozialpolitik belegt), — ist das alles nicht schon einmal dagewesen? War es nicht die facies hippocratica der alten Kultur schon in den Tagen der Macht und des Reichthums? Scharfsehende Politiker jener Zeiten haben diese Züge der